

Montag, 23. November 2020

Gegensteuer geben

Zur Abstimmung vom 29. November in der Gemeinde Cham über den Bebauungsplan Allmend Hagendorn: Änderung Bebauungsplan sowie Teiländerung Zonenplan

Cham ist mit einer schweizweit einzigartigen Lage gesegnet: Die Nähe zum See, die hervorragende Erschliessung durch den privaten und den öffentlichen Verkehr, die generell hohe Lebensqualität et cetera, die gesunde Mischung aus Raum für Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Aber dem Bereich Arbeit und Gewerbe müssen wir Sorge tragen. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten gerade im industriell-gewerblichen Segment Substanz verloren. Nun haben wir die Möglichkeit, hier Gegensteuer zu geben – indem wir am 29. November mit einem Ja zur Änderung des Bebauungsplans Allmend Hagendorn und einem Ja zur Teiländerung des Zonenplans dafür sorgen, dass die Fensterfabrikation G. Baumgartner AG mit ihren rund 300 Arbeitsplätzen in Hagendorn bleiben kann.

Thomas Imholz, Cham

Zuger Zeitung

Verleger: Peter Wanner.
 Leiter Publizistik: Pascal Hollenstein (pho).
 Geschäftsführung: Dietrich Berg.
 Chief Product Officer: Mathias Meier.
 Werbemarkt: Stefan Bai, Paolo Placa.
 Lesermarkt: Zaira Imhof, Bettina Schibli.
 Ombudsmann: Rudolf Mayr von Baldegg, rmb@advoweggshaus.ch.

Redaktion Zuger Zeitung

Chefredaktion: Harry Ziegler (haz), Chefredaktor; Rahel Hug (rh), Stv. Chefredaktorin.
 Redaktion: Raphael Biermayr (bier, Sport), Cornelia Bisch (cb), Andreas Faessler (fae, Kultur/Religion & Gesellschaft), Zoe Gwerder (zg, Reporter), Kilian Küttel (kük), Marco Morosoli (mo, Reporter), Tijana Nikolic (tn, Volontärin), Carmen Roggenmoser (cro), Vanessa Varisco (vv, red. Mitarbeiterin).
 Fototeam: Stefan Kaiser (stk, Leiter), Matthias Jurt (mj), Maria Schmid (ms).
 Adresse: Baarerstrasse 27, Postfach, 6302 Zug.
 Telefon: 041 725 44 55.
 E-Mail: redaktion@zugerzeitung.ch.

Redaktion Luzerner Zeitung

Chefredaktion: Jérôme Martinu (jem), Chefredaktor; Cyril Aregger (ca), Stv. Chefredaktor und Leiter Sport; Christian Peter Meier (cpm), Stv. Chefredaktor und Leiter Regionale Ressorts; Flurina Valsecchi (flu), Stv. Chefredaktorin und Leiterin Online.
 Redaktionsleitung: Florian Arnold (zfl), Leiter Redaktion Ursweiz; Robert Bachmann (bac), Leiter Redaktionsentwicklung Digital; Lukas Nussbaumer (nus), Stv. Leiter Regionale; Arno Renggli (are), Leiter Gesellschaft und Kultur; Harry Ziegler (haz), Chefredaktor Zuger Zeitung.

Ressortleiter: Boris Bürgisser (bob, Leiter Gestaltung); Christian Glaus (cgl), Leiter Produktionsdesk Luzern/Zentralschweiz; Regina Grütter (reg), Apero/Kino; Lene Hom (len), Foto/Bild; Robert Knobel (rk), Stadt/Region; Sven Aregger (ars), Sport-Journal; Oliver Marx (mop), Infografik; Maurizio Minetti (mim), Wirtschaft; Dominik Weingartner (dlw), Kanton.

Adresse: Mählhofstrasse 76, 6002 Luzern. Telefon: 041 429 52 52. E-Mail: redaktion@luzernerzeitung.ch.

Zentralredaktion CH Media

Chefredaktion: Patrik Müller (pmü), Chefredaktor; Roman Schenkel (rom), Stv. Chefredaktor und Leiter Nachrichten und Wirtschaft; Raffael Schuppisser (ras), Stv. Chefredaktor und Leiter Kultur, Leben, Wissen.

Ressortleitungen: Inland und Bundeshaus: Anna Wanner (awa), Co-Ressortleiterin; Doris Kleck (dk), Co-Ressortleiterin. Wirtschaft: Andreas Möckli (mka), Ressortleiter. Kultur: Stefan Künzli (sk), Teamleiter. Leben/Wissen: Katja Fischer (kaf), Co-Teamleiterin; Sabine Kuster (kus), Co-Teamleiterin. Sport: François Schmid (fsc), Ressortleiter. Ausland: Samuel Schumacher (sas), Ressortleiter.

Adresse: Neumattstrasse 1, 5001 Aarau. Telefon: 058 200 58 58; E-Mail: redaktion@chmedia.ch

Service

Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 041 725 44 22. E-Mail: leserservice@luzernerzeitung.ch

Anzeigen: CH Regionalmedien AG, Baarerstrasse 27, 6302 Zug. Telefon 041 725 44 56, E-Mail: inserate-lzmedien@chmedia.ch

Technische Herstellung: CH Media Print AG/CH Regionalmedien AG, Mählhofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 52 52.

Abonnementspreise: Print und Digital: Fr. 47.– pro Monat oder Fr. 522.– pro Jahr; Digital Plus: Fr. 33.– pro Monat oder Fr. 368.– pro Jahr; Digital: Fr. 14.50 pro Monat oder Fr. 145.– pro Jahr (inkl. MWST).

Auflage und Leserschaft: Verbreitete Auflage Zuger Zeitung: 13 319. Verbreitete Auflage Gesamtausgabe Luzerner Zeitung: 99 873. Leser Gesamtausgabe Luzerner Zeitung: 280 000. Verbreitete Auflage CH Regionalmedien: 321 437. Leser CH Regionalmedien: 944 000. Quelle Auflagen: WEMF 2020. Quelle Leserschaft: MACH-Basic 2019-1.

Eine Publikation der

ch media

Die «Maulkorbpolitik» der CVP

Zur eidgenössischen Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative vom 29. November

Im Hinblick auf die Konzernverantwortungsinitiative KoVI wird die ablehnende Haltung einiger Exponenten und CVP-Politiker klar. Diese verbieten, Äusserungen zur KoVI in der Kirche. CVP Kantonsrat Peter Rust ist gegen die Einmischung der Pfarrer. Er

weist in seinem Leserbrief auf die vielen Steuerausfälle hin. Ebenso verpasst CVP-Präsident Pfister der Kirche einen Maulkorb. Die Ausbeutung von Mensch und Natur durch einige Konzerne sind ihnen egal, Hauptsache die übermässige Konzernbereicherung am Finanzplatz Zug geht weiter. Wie heisst es so treffend: «Zuerst das Fressen und dann die Moral.» Dieses Maulkorbdiktat

ist undemokratisch, und politisch höchst bedenklich. Geht es in Abstimmungen um Menschenleben, Menschenrechte und Ausbeutung, ist es Pflicht der Kirche, zu diesen Missständen Stellung zu nehmen. Wenn es selbst der Papst als Skandal bezeichnet, was multinationale Konzerne im Ausland tun, was zu Hause verboten ist, ist die daraus abzuleitende Abstimmungssparole für Christen

eindeutig. Die schweizerische Bischofskonferenz und der Katholische Frauenbund unterstützen die KoVI.

Nur die Zuger Kantonalkirche mit Präsident Huwyler hat nicht den Mut, sich für menschenwürdige, christliche Werte einzusetzen. Seit Jahrzehnten vergiftet Glencore unter anderem in Sambias Kupferminen Mensch und Umwelt, das Gleiche die

Syngenta in Indien mit hochgiftige Pestiziden, die in der Schweiz längst verboten sind. Wäre es nicht menschlicher, Glencore würde anstatt im Kanton Zug Sport und Kultursponsoren, diese Mittel in ihre selbst geschaffenen Umwelktastrophnen stecken. Dadurch würden wir weniger auf Kosten der Dritten Welt leben.

Eduard Schaller, Baar

Die Suche nach der Wärme



Auf dem Wildspitz strecken die Silberdisteln ihre Köpfe der wärmenden Sonne entgegen.

Leserbild: Anita Röllin, Baar

Ist «Energie aus der Natur»?

Zur Abstimmung über das Windrad in Hitzkirch am 29. November

Die berausenden Sonnenuntergänge am Zugersee könnten schon bald von 229 Meter hohen Windkraftträgern auf dem benachbarten Lindenberg umsäumt sein und so manche Menschen werden sich fragen, ob solche gigantische Industrieanlagen mit dem Deckmantel «Energie aus der Natur» wirklich zu vereinbaren sind mit Nutzen und Schaden, den diese Anlagen anrichten? Sind sie einmal da, dann stehen sie, mindestens 20 Jahre, beim Abbau ist dann noch nicht einmal gesetzlich geregelt, wohin der Sondermüll dann kommen soll. Besser als Atomenergie? Ein Besucher ein anderer Sondermüll, der mit dem Deckmantel Energie aus der Natur einfach nicht so schrecklich klingt wie Atomenergie? Fieberglasrotoren sind nicht leicht zu entsorgen und hinterlassen einen grossen CO₂-Fussabdruck. Nicht zu reden von den riesigen Betonsockeln, die im Erdboden tonnenweise stecken werden.

Negative Verknüpfungen werden wohl erst dann publiziert, wenn sich die Menschen nach unverbauter Natur sehnen, erste Havarien passieren, Brände, Ölverschmutzungen, Infraschall schlaflose Nächte beschert und keine Rotmilane, Störche, Mäusebussarde, Feldlerchen, Waldschnepfen

und Fledermäuse mehr anzutreffen sind auf diesem Naherholungsgebiet, oberhalb der Nebelgrenze auf über 800 Metern. Ärgern wird man sich über die Beinwil/Freiamter, die alleine bestimmen konnten, dass solche Giganten überhaupt dort aufgestellt werden können. Eine Gemeinde alleine kann entscheiden über einen solch grossen Eingriff in die Natur. Das alleine ist schon unglücklich und die Demokratie in der Schweiz hört hier auf.

Und dies sei erst der Anfang: Geplant sind auf der Luzerner Seite noch mal fast ein Dutzend davon. Wie wird die Bevölkerung da vor den Kopf gestossen? Plötzlich stehen sie da, die Energieriesen und ein Foto am Zugersee mit der rot versinkenden Sonne hat einen drehenden, mahnenden Hintergrund von 229 Meter hohen Giganten. Beschwerden kann man sich bei der Gemeinde Beinwil im Freiamt, die von den gesprochenen KEV-Geldern mit den Initianten schon das grosse Geld wittern. Die Jagd nach Subventionen ist eröffnet. Tolle, angrenzende Nachbarschaft! Ob die Hitzkircher Nachbarschaft wohl vorher einen Riegel schiebt? Dort lanciert ein Verein das Verbot von Windkraftanlagen auf dem Lindenberg.

Isolde Isiana Schennach, Musik- und Naturpädagogin in Zug

«Die Statistik muss ja stimmen»

«Festnahmen bei Protest gegen Lukaschenko», Ausgabe vom 16. November

Mit Ihrem heutigen – allerdings doch recht kleinen – Artikel bewegen Sie sich doch genau auf der einseitigen Ebene aller Mainstream-Medien. In Belarus sind es «friedliche» Demonstrationen – in Wirklichkeit sind die Demonstranten absolut gewaltbereit, ohne Masken, ohne Abstände et cetera –, die von der Polizei gewaltsam beendet wurden und es gab etliche hundert Verhaftungen.

Merkwürdig diese Berichterstattung: Friedliche Demonstranten gegen Coronabeschränkungen sind in den Medien immer «gewalttätig» – halten keine Abstände ein –, weil sie nicht können, denn die Polizei lässt es bewusst und mit voller Absicht zu Personalauskommen, um dann Argumente zu haben, Demonstrationen aufzulösen – gepaart mit einigen ungerechtfertigten Verhaftungen.

Warum gegen Lukaschenko? Er regiert seit 1994 und hat das Land wirtschaftlich stabilisiert, das Bruttoinlandsprodukt wurde vervierfacht, die Staatsschulden sind überschaubar und er hat sie voll im Griff. Das Gesundheitswesen in Belarus ist überdurchschnittlich entwickelt, die Arbeitslosenquote niedrig.

Welchen Sinn machen da Demonstrationen? Merkwürdig ist, dass diese Bewegungen anfangen, nachdem Lukaschenko auf die «finanziellen Hilfen» der WHO und IWF zweimal verzichtete und nicht den von diesen Organisationen geforderten Lockdown anordnete. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Wer auf diese «grosszügigen Gabe» von 940 Millionen US-Dollar verzichtet und aus der Reihe tanzt, muss doch irgendwie zu bestrafen sein. Mit dem gesparten Geld wird man in der Folge dann sicherlich schon einige «Rauben» aktivieren können, die dem Lukaschenko das Leben schwer machen werden.

So entschieden und so kam es. Tödlicher Motorrad Unfall: Wenn man der von der WHO herausgegebenen Zählweise folgt, wird der leider tödlich verunfallte Motorradfahrer als «Coronatoter» in die Statistik eingehen – sofern er zuvor einmal einen positiven PCR-Test gemacht hatte – oder an der Leiche wurde dann noch ein Abstrich gemacht mit «positivem Testergebnis». Die Statistik muss ja stimmen. In Deutschland hat die Presse sprecherin des RKI schriftlich per E-Mail bestätigt, dass zum Beispiel ein tödlich verunglückter Fallschirmspringer in der «Coronatodesstatistik» als Coronatoter erfasst wird, sofern zuvor oder an der Leiche ein positives Testergebnis festgestellt wird – nach dem Motto, solche Einzelfälle bringen die Statistik nicht aus dem Lot. Und die Suizide, die Herzversagen, die Verkehrstoten et cetera? Alles Fälle, die die Statistik nicht verfälschen!

Lothar J. Wolf, Oberwil bei Zug

Weitere Meinungen zur Kriegsgeschäftsinitiative

Zur Abstimmung über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» vom 29. November

Neutralität gehört zur Schweiz wie Fondue oder Schokolade. Doch so neutral, wie wir gern behaupten, sind wir gar nicht. Denn unsere Banken investieren jährlich mehrere Milliarden in Kriegsmaterial. Nun frage ich Sie, liebe Leserinnen und Leser: Ist ein Land, dessen Nationalbank unser Volksmögen in Kriegsmaterial investiert, wirklich neutral? Kann so ein Land eine neutrale, vermittelnde Rolle zwischen Kriegsparteien einnehmen? Die Antwort ist nein. Denn wir verdienen Geld mit diesen Kriegen: Unsere Pensionskassengelder werden in Kriegsmaterialproduzenten investiert, die genau dann die grössten Gewinne erwirtschaften, wenn Krieg herrscht. Die Schweiz ist also nicht neutral, nein, sie fördert sogar den Krieg! Dieses Geschäft mit dem Tod kann und muss ein Ende haben: Für eine neutrale Schweiz braucht es am 29. November ein Ja zur Kriegsgeschäftsinitiative.

Svenja Haller, Vorstand Junge Alternative Zug, Horgen

Mit Annahme der Initiative «Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» gefährdet man Tausende Arbeitsplätze in der Schweiz. Von dieser Initiative sind zirka 3000 Schweizer Firmen betroffen. Denn durch die willkürlich auf 5 Prozent angesetzte Quote, welche eine Firma jährlich nicht überschreiten darf, sind auch viele Zulieferfirmen betroffen. Beispielsweise wäre die Firma Glas Trösch Holding AG, welche hauptsächlich Glas für Fassaden und Fenster herstellt, von dieser Initiative betroffen. Denn diese Firma stellt ebenfalls auch Cockpitverglasungen für Kampfflugzeuge her.

Aus dem Grund, dass viele Spezialisten in diesen Gebieten in unserem Land keine Arbeit mehr finden werden, geht viel Know-how verloren, welches die Schweiz in einer Krisensituation unbedingt benötigt. Wir haben die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten und der EU, in der momentan noch andauernden Coronakrise, selbst zu spüren bekommen. In Krisensituationen schaut jedes Land zuerst auf sich selbst. Somit ist die Schweiz angewiesen, Spezialisten auf besagten Gebieten in der Schweiz zu

haben. Bereits heute ist es den Schweizer Unternehmen untersagt, Kriegsmaterialien in Kriegs- oder Krisengebiete zu liefern.

Durch diese Initiative wird leider kein Weltfrieden entstehen. Die Schweiz ist ein kleiner Spieler, wenn es um die Herstellung von Kriegsmaterialien geht. Unser Export würde schnell und mit Freude von wirtschaftlichen Konkurrenten übernommen werden. Während wir über diese Initiative abstimmen, hat die EU einen Milliardenkredit für die Förderung der Rüstungsindustrie gesprochen. Diese Initiative ist ein mächtiger Eingriff in die Unabhängigkeit der Schweizer Nationalbank und eine enorme Schwächung der AHV, IV und Pensionskassen. Diese Initiative beendet keinen Krieg und ist nicht der Weg zum Weltfrieden, sondern gefährdet Tausende Schweizer Arbeitsplätze. Vor allem wir Jungen, bei denen es noch nicht sicher ist, ob wir je eine Altersvorsorge erhalten, sollten deutlich Nein zu einer Initiative sagen, welche die instabile AHV weiter schwächt.

Gabriele Angelo Battiston, Vorstand JCVP Zug, Rotkreuz